

**REDEMANUSKRIFT**

(es gilt das gesprochene Wort)

Katja Karger

**Solidarität – Vielfalt – Gerechtigkeit**

1. Mai 2018, Museum der Arbeit

Moin Moin, Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

4.500 Menschen sind heute auf dem Platz vor dem Museum der Arbeit. Schön, Euch alle zu sehen. Herzlich Willkommen zum 1. Mai 2018!

Auch der neue Erste Bürgermeister ist da. Herzlich Willkommen, lieber Herr Tschentscher: wir freuen uns, dass Sie da sind.

Mit dabei sind heute auch die Zweite Bürgermeisterin, Katharina Fegebank. Der Finanzsenator Andreas Dressel, SPD-Landeschefin Melanie Leonhard, die Bischöfin der Nordkirche, Frau Kirsten Fehrs, sowie viele Abgeordnete der Bürgerschaft und des Bundestags. Und eine griechische Delegation aus Perama nahe Piräus. Ein herzliches Willkommen Euch allen!

Ganz besonders freue ich mich über Hans-Jürgen Urban vom Vorstand der IG Metall, der nachher zu euch sprechen wird und über Robert Gaudl von der DGB Jugend, der ihm folgt.

Anschließend spielt Bernadette La Hengst – die dürft Ihr nicht verpassen - also bleibt mit Eurem Getränk einfach auf dem Platz!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir Gewerkschaften sind stark und durchsetzungsfähig, weil wir Viele sind. Und wir teilen gemeinsame Werte: Solidarität. Vielfalt. Gerechtigkeit.

Drei wichtige Begriffe mit großer Aktualität. Das konnten wir auch an der heutigen Demonstration sehen:

Wir sind bei Asklepios vorbei gelaufen. Die neueste Idee der Geschäftsleitung ist die Anschaffung der Krankenhaus-Apothekette – die individuelle Dosierung von Medikamenten soll als zusätzliche Aufgabe auch noch den Pflegekräften aufgebürdet werden! Dabei wissen die Kolleginnen und Kollegen schon jetzt nicht mehr, wie sie die Arbeit schaffen sollen. Das geht doch nur auf Kosten der Gesundheit von Personal und Patienten!

**Katja Karger**

Vorsitzende DGB Hamburg

katja.karger@dgb.de

Telefon: 040-60 77 661-15

Telefax: 040-60 77 661-41

Besenbinderhof 60

20097 Hamburg

[www.hamburg.dgb.de](http://www.hamburg.dgb.de)

Erinnert Ihr Euch noch? die Hamburgerinnen und Hamburger wollten ihre Krankenhäuser nicht privatisieren – und sie wussten warum! Es kam trotzdem so und die Folgen dieses jahrelangen Unterbietungswettbewerbs sehen wir heute: Unterbesetzte Stationen, überarbeitete Beschäftigte, mangelnde Hygiene. Unsere Gesundheit wird der maximalen Rendite geopfert!

Deswegen brauchen wir mehr Personal auf den Stationen, die Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge für die Pflege und eine anständige Finanzierung der notwendigen Investitionen! Hier muss Hamburg Druck machen und den neuen Gesundheitsminister Spahn nicht aus der Verantwortung lassen!

Vorbeigelaufen sind wir auch an dem Bauunternehmen Hochtief. Die sind jüngst aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten und haben jetzt nur noch einen Haustarifvertrag. Die Kollegen dort fordern 6 Prozent mehr Lohn – genauso wie alle anderen Beschäftigten in der Bauwirtschaft. Aber die Arbeitgeber stellen sich quer!

Das stinkt doch zum Himmel – Die Baubranche boomt wie nix, die Unternehmen suchen dringend Leute – und die Arbeitgeber verweigern sich den gewerkschaftlichen Forderungen! Liebe Kolleginnen und Kollegen von Hochtief und der Baubranche, Ihr habt unsere volle Solidarität!“

Unsere gewerkschaftliche Solidarität gilt auch all jenen, die noch in ihre Tarifikämpfe gehen – oder mitten drin stecken: zum Beispiel die Kautschuk- und Chemieindustrie: den Branchen geht's gut, die Einnahmen sprudeln – also müssen die Beschäftigten davon ein großes Stück abbekommen!

Ein sehr großes Stück haben auch die Kolleginnen verdient, die in den Elbkinder-Kitas reinigen oder kochen: eine kräftige Lohnerhöhung ist das Mindeste, was drin sein muss. Euch viel Kraft, Durchhaltevermögen und vor allem Erfolg! Wir stehen an Eurer Seite!

Unsere Demo ging auch am ehemaligen Thor-Steinar-Laden in der Fuhlsbütteler Straße vorbei. Bis Januar war das ein Treffpunkt der rechten Szene. Damit ist nun Schluss und meine Anerkennung gilt ganz besonders den Barmbekern und allen Hamburgern, die sich durch monatelangen Protest und gelungene Bündnisarbeit gegen diesen Laden durchgesetzt haben. Respekt! Kolleginnen und Kollegen! Euer Beispiel und Euren Erfolg werden wir im Kopf behalten - bei allen rechten Umtrieben, die wir in dieser Stadt noch erleben. Wir werden den Kampf gegen Rechtsextremisten und Rechtspopulisten niemals aufgeben!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Der gesetzliche Mindestlohn wäre ohne uns nicht da. Von ihm profitieren grade die viel zu vielen Niedriglöhner in Hamburg. Für uns ist das aber nur der Anfang: Unser gewerkschaftliches Ziel ist ein Mindest-lohnniveau, das wirklich existenzsichernd ist. Deswegen begrüßen wir ausdrücklich die Initiative des Bürger-meisters, den Mindestlohn bei den Hamburger Unternehmen auf 12 Euro anzuheben. Das ist ein großer Schritt auf dem Weg zur Stadt der guten Arbeit. Das darf aber keine Insel-Lösung bleiben, das muss flächendeckend gelten–sonst gibt es wieder nur neuen Unterbietungswettbewerb.

Deswegen muss der Staat die Tarifbindung stärken! Tagtäglich flüchten Arbeitgeber aus den Tarifen, ohne dass sie zur Verantwortung gezogen werden. Bundesweit sind nur noch die Hälfte der Beschäftigten durch einen Tarifvertrag geschützt, im Einzelhandel sogar nur noch 40 Prozent. Deswegen sagen wir: Nicht-tarifgebundenen Betrieben muss es viel schwerer gemacht werden, mit Dumpinglöhnen Schmutzkonzurrenz zu betreiben. Wir wollen Tarifverträge für alle!

Denn Hamburgerinnen und Hamburger mit Tarifvertrag bekommen durchschnittlich 570 Euro mehr als die Kollegen ohne Tarifvertrag. Das sind rund 7000 Euro im Jahr, die den tariflosen Beschäftigten entgehen.

Und das ist ja bei weitem nicht alles. Tariflicher Urlaubsanspruch, Gesundheitsschutz oder Arbeitszeiten kommen ja noch oben drauf. Gerade bei der Arbeitszeit können Tarifverträge enorme Verbesserungen für die Beschäftigten bringen.

An dieser Stelle möchte ich die Kolleginnen und Kollegen von der IG Metall, der IG BCE und der EVG grüßen - ihr habt wirklich fortschrittliche Arbeitszeitmodelle ausgehandelt. Diese Tarifabschlüsse sind wegweisend für eine moderne Arbeitszeitpolitik: Für mehr Flexibilität im Sinne der Beschäftigten. Für Arbeitszeiten, die den unterschiedlichen Interessen, Bedürfnissen und Lebensphasen angepasst werden können – und nicht umgekehrt.

Wie ist die Realität in der Arbeitswelt heute? Viele Beschäftigte arbeiten heute wie im Hamsterrad: immer höherer Leistungsdruck und permanente Verfügbarkeit. Das ist die Realität für hunderttausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Hamburg. Soll es so weitergehen? Wir haben ein Recht auf Arbeitszeiten, die in unser Leben passen!

Und genauso brauchen wir auch ein Recht auf die berufliche Weiterbildung. Die technische Entwicklung verlangt von uns immer häufiger und immer schneller eine Anpassung. Jetzt tauchen Ideen bei den Arbeitgebern auf, diese Fortbildung gegen Lohn oder Arbeitszeit zu tauschen. Das kommt doch überhaupt nicht in die Tüte! Die berufliche Weiterbildung ist schließlich im Interesse der Unternehmen und der Erhalt unserer Fachkenntnisse im Interesse der Gesellschaft. Also muss auch von dort die Finanzierung kommen. Es kann ja wohl nicht angehen, dass Weiterbildung von der Dicke des eigenen Portemonnaies abhängt. Hamburg muss seine gesetzlichen Möglichkeiten für eine organisierte und strukturierte Weiterbildung viel mehr ausschöpfen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine rote Linie haben wir bei den Hamburger Mieten überschritten. Bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper. Dabei hat der Senat ein riesiges – und in Deutschland einzigartiges – Wohnungsbauprogramm aufgelegt. Das ist eine enorme Leistung. Dennoch müssen manche von uns 40 bis 50 Prozent ihres Nettoeinkommens für die Miete ausgeben. Was helfen uns die Lohnerhöhungen, wenn sie umgehend von der Miete aufgeessen werden? Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen eine Stadt, die uns allen gehört und nicht nur den Reichen und Spekulanten. Wir wollen eine Stadt, die bunt und vielfältig ist und in der wir gut miteinander leben können. Bezahlbares Wohnen ist ein Menschenrecht – der Senat muss der Spekulation mit Wohnraum einen Riegel vorschieben!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

- Wir wollen gute und sichere Arbeit.
- Wir wollen den Schutz von Tarifverträgen und am Arbeitsplatz mitbestimmen.
- Wir wollen ein gerechtes Steuersystem, mit dem eine solide Infrastruktur und bezahlbare Wohnungen finanziert werden.
- Wir wollen eine Gesellschaft, in der wir uns nicht ständig Sorgen um unsere Zukunft und die unserer Kinder machen müssen.

Dafür sind wir heute auf der Straße! – Denn auf uns – auf jeden Einzelnen - kommt es an, liebe Kolleginnen und Kollegen!